

Antrag der Sektion 8 für die Bezirkskonferenz der SPÖ Alsergrund am 14. März

Verbot des Kleinen Glücksspiels

Spielautomaten sind überall – so kommt es einem vor, geht man durch Wiens Bezirke. An fast jeder Straßenecke findet sich ein Ort, an dem zwei oder mehr Automaten aufgestellt sind. Für einen Großteil der Bevölkerung sind das tote Orte, die im Gegensatz zu Nahversorgern oder Kaffeehäusern keine nützliche Funktion übernehmen. Für eine andere Gruppe von Menschen werden sie zum Problem – Spielsüchtige.

Seit einigen Jahren ist das so genannte „Kleine Glücksspiel“ in Österreich am Vormarsch. Immer mehr Automaten werden aufgestellt, der Marktanteil im gesamten Glücksspielbereich und die dort erwirtschafteten Umsätze steigen ständig. Das 2010 beschlossene neue Glücksspielgesetz regelt nun erstmals formal das „kleine Glücksspiel“, in Wien wird es durch das Veranstaltungsgesetz umgesetzt - der Maximaleinsatz bei Automaten außerhalb von Spielhallen wurde pro Spiel von 50 Cent auf einen Euro erhöht, in Spielhallen kann sogar mit 10 Euro Einsatz gespielt werden. Pro 600 EinwohnerInnen kann in Wien ein Automat zugelassen werden (in allen anderen Bundesländern liegt dieser Faktor bei einem Automat pro 1200 EinwohnerInnen). Das Glücksspielgesetz kann als – sehr großzügig angelegter – Mindestschutzrahmen verstanden werden, darüber hinaus können Länder das kleine Glücksspiel zur Gänze verbieten oder die Bestimmungen enger fassen. Das passiert aber nur unzureichend: Zum Beispiel beträgt in Wien der Mindestabstand, in dem ein Spielautomat zu einer Schule aufgestellt werden darf, läppische 150 Meter (vgl. Gesetz über die Regelung des Wiener Veranstaltungswesens, § 15 Abs. 3)

Die Spielsuchtberatung in Wien geht von 17.000 bis 50.000 Spielsüchtigen in Wien aus, 2008 kamen knapp 600 zu ihnen in die Beratung. 82,6 Prozent der Spielsüchtigen gaben an, dass für sie Automaten zum Problem geworden waren. Das kleine Glücksspiel ist somit für den größten Teil der Spielsuchtfälle verantwortlich, im Vergleich dazu wurden Wetten mit 17,4 Prozent genannt (Mehrfachnennungen waren möglich). Die wichtigsten Spielorte für Spielsüchtige waren die Spielhalle (54,8%) und das Kaffeehaus (30,9%). Bestimmte Eigenschaften machen Spielautomaten zu jenem Glücksspiel, das das höchste Suchtpotential aufweist: Eine hohe Ereignisfrequenz und eine kurze Zeitspanne zwischen dem Geldeinsatz und der Auszahlung eines möglichen Gewinns machen dieses Glücksspiel besonders attraktiv und gefährlich.

Rund 85,5% der SpielerInnen sind infolge ihrer Glücksspielsucht verschuldet, die durchschnittliche Verschuldung beträgt bei den 2008 von der Spielsuchtberatung betreuten SpielerInnen 41.594€ (die höchste Verschuldung 650.000€), was dem 31-fachen des durchschnittlichen Monats-Nettoeinkommens (1349€) entspricht (Quelle: Tätigkeitsbericht der Spielsuchthilfe 2008, http://spielsuchthilfe.at/pdf/Spielsuchthilfe_Tatigkeitsbericht_2008_Cover.pdf)

Besonders junge Männer aus sozial schwächer gestellten und migrantischen Milieus sind gefährdet, in die Automaten Spielsucht abzurutschen. Verschuldung, Belastung der Angehörigen und Kriminalität sind die Folge. Die leichte Zugänglichkeit zu Spielautomaten hat die Zahl der Spielsüchtigen enorm erhöht, die Legalisierung des Kleinen Glücksspiels in Wien hat dazu ebenfalls beigetragen. Zwar verdient Wien am legalen Glücksspiel (die Einnahmen schlagen mit jährlich mindestens 55 Millionen Euro zu Buche), allerdings verdient die Stadt hier an kranken Menschen: Eine Untersuchung des Instituts für Drogenforschung in Bremen hat ergeben, dass 40 Prozent aller für Spielautomaten getätigten Geldeinsätze von Personen, die ein pathologisches Spielverhalten aufweisen, getätigt werden. Wie bei allen Krankheiten sind auch im Falle der Spielsucht arme und marginalisierte Bevölkerungsgruppen besonders stark betroffen. Es gehört zu den Kernaufgabe der Sozialdemokratie diese Menschen zu schützen und zu unterstützen.

Daher möge die Bezirkskonferenz der SPÖ Alsergrund beschließen:

- Die SPÖ möge sich entschieden gegen die Idee stellen, Budgetlöcher durch die Ausbeutung spielsüchtiger Menschen zu stopfen. Glücksspiel ist eine Verteilung von einkommensschwachen Gruppen hinzu einer zwielichtigen, aber profitablen „Industrie“. Die öffentliche Hand schneidet bei dieser Umverteilung mit. Sowohl als Bezirk, als auch als Stadt sollten wir auf dieses schmutzige Geld verzichten.
- Die Legalisierung des Kleinen Glücksspiels in Wien muss zurückgenommen werden und die Automatenhallen und Einzelaufstellungen müssen aus der Stadt verschwinden. Außerdem soll auch die Bundespartei auf die Gefahr der Automatenspiele hingewiesen werden.
- Die Bevölkerung soll mittels Medien, die der Bezirkspartei zur Verfügung stehen, verstärkt über die Gefahren des Kleinen Glücksspiels aufgeklärt und auf Therapiemöglichkeiten hingewiesen werden. Beratungsstellen für Spielsüchtige müssen vom Land in ausreichender Höhe finanziert werden. Besonders bei Jugendlichen sollen Präventionsmaßnahmen verstärkt werden. Ein Folder, der den Schulen im Neunten Bezirk zur Verfügung gestellt werden kann, soll hier den Anfang bilden.
- Weiterleitung des Antrags an den Wiener Landesparteitag in entsprechender Form